

# Berlin liefert Munition für Libyen-Krieg

## Verteidigungsministerium bestätigt Bericht über Hilfe für NATO-Aggression

Die Bundesregierung hat einen Medienbericht bestätigt, nach dem Deutschland zur Lieferung von Waffentechnik für den NATO-Einsatz in Libyen bereit ist. Das Bundesverteidigungsministerium habe auf eine NATO-Anfrage hin »grundsätzlich seine Bereitschaft signalisiert, Bauteile zu Präzisionsmunition zur Verfügung zu stellen«, sagte ein Sprecher des Ministeriums am Dienstag der Nachrichtenagentur AFP. Die Entscheidung, ob das deutsche Angebot für den Libyen-Einsatz genutzt werde, liege nun bei der NATO.

Zum Umfang des möglichen deutschen Engagements und zu weiteren zeitlichen Abläufen wollte sich der Sprecher nicht äußern. Ebenso ließ er offen, ob es sich bei dem Unterstützungsersuchen des Militärpakts um die erste Anfrage ihrer Art mit Bezug auf Libyen handle. Nach Informationen von Spiegel online vom Montag abend war sie zu Beginn der vergangenen Woche in Berlin eingegangen. Demnach bittet die NATO unter anderem um die Lieferung von Technik und Bauteilen für Bomben und andere Militärausrüstung. Deutschland ist an dem NATO-Einsatz in Libyen bislang nicht direkt beteiligt. Bei der Abstimmung über die zugehörige Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Mitte März hatte sich die Bundesrepublik enthalten.

Kritik kam von der Linken im Bundestag. »Die Bundesregierung darf auf keinen Fall Bomben und Geschößsysteme nach Libyen liefern«, erklärte Wolfgang Gehrcke, Mitglied im Vorstand seiner Fraktion. »Daß der Koalition der Willigen, der NATO und anderen Staaten angesichts der massiven Luftangriffe auf libysche Ziele nunmehr die Munition ausgeht, ist bitterer Zynismus. Menschen verlieren tagtäglich ihr Leben, weil die NATO angeblich mit Bomben und Raketen Leben schützen will.« Ähnlich äußerte sich die Organisation »Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges« (IPPNW). »Dieses Zugeständnis konterkariert eine Verhandlungslösung des Konflikts«, kritisierte der IPPNW-Vorsitzende Matthias Jochheim. (AFP/jW)